

5

Bonn, Montag 21. März 1966

*Sprecher: Adenauer, Barzel, Dichtel, Dufhues, [Erhard], Etzel, Fricke, Glup, Gradl, Grundmann, Gurk, Klepsch, Kraske, Lemke, Lemmer, Meyers, Röder, Russe, Schmitz, Seebohm.*

*Der Bundesparteitag 1966. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung. Vorlagen des sozialpolitischen Ausschusses. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 11.10 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Soviel ich weiß, werden – ich habe das aus der Presse gelesen – gegen die Vorschläge, die gemacht werden, was die Zusammensetzung des Präsidiums angeht, Bedenken erhoben. Ist das der Fall? (*Zuruf:* Ja!) Dann sollten wir zuerst darüber beraten, aber möglichst schnell, damit sich die Sache nicht in die Länge zieht. Ich möchte nicht bei den Journalisten den Eindruck hervorrufen, daß hier große Unstimmigkeiten sind. Wer hat eben ja gesagt? (*Glup:* Ich!) – Bitte sehr!

#### DER BUNDESPARTEITAG 1966

*Glup:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auf der letzten Bundesvorstandssitzung ist dieses Thema sehr eingehend erörtert worden. Ich habe den Eindruck gehabt, daß der letzte Vorschlag unter einem Zeitdruck gemacht wurde und aber doch verabschiedet worden ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß, wenn man eine große Volkspartei reorganisieren will in ihrer Spitze, dann auch die regionalen Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden sollten. Ich halte es nicht für gut, daß von elf Präsidiumsmitgliedern sechs allein aus Nordrhein-Westfalen kommen. Ich würde deshalb sehr herzlich darum bitten, daß hier noch Überlegungen angestellt werden. Der ganze Norden Deutschlands wird allein vertreten durch Herrn von Hassel. Ich schlage vor, noch einen Mann von dort in das Präsidium aufzunehmen.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Dufhues.

*Dufhues:* Ich will zu den Vorschlägen im einzelnen nicht mehr Stellung nehmen, denn die Gesichtspunkte, die für die Vorschläge der Kommission und den Beschluß des Vorstands maßgebend waren, sind eingehend erörtert worden. Ich bin sicher, daß wir eine Wiederholung dieser Diskussion nicht wünschen.

Ich habe Verständnis dafür, daß auch die einzelnen Regionen in der Bundesrepublik, soweit es sich um die Regionen der Partei handelt, Wert darauf legen, im Präsidium vertreten zu sein. Aber das darf nicht der entscheidende Gesichtspunkt sein, meine Freun-

de! Aus langjähriger Erfahrung nicht nur als Vorsitzender eines Landesverbands, sondern auch aufgrund der Erfahrungen, die ich als Geschäftsführender Vorsitzender habe sammeln können, muß ich sagen, wesentlich wichtiger als die regionale gruppenmäßig richtige Vertretung im Präsidium ist die besondere Neigung der einzelnen Personen für die Arbeit dieser Partei. Damit spreche ich niemandem diese Eignung und diese Neigung ab, aber unter diesem Gesichtspunkt sind die Vorschläge gemacht worden, die ich unterbreitet habe. Wenn es eine gewisse Kopflastigkeit für Nordrhein-Westfalen gibt, dann bin ich der erste, der bereit ist, dieser Kopflastigkeit abzuhelpfen.

Aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß insbesondere ein Mitglied dieser kopflastig vertretenen nordrhein-westfälischen Gruppe von einem norddeutschen Mitglied vorgeschlagen wurde, während ich ein norddeutsches Mitglied vorgeschlagen habe. Ich hoffe, daß ich jetzt nicht allzu abgekürzt berichtet habe, wie es Freund Stoltenberg in der letzten Sitzung gesagt hat. Ich bitte also, für diese Vorschläge Verständnis zu haben.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Fricke.

*Fricke:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich war leider verhindert, an der letzten Bundesvorstandssitzung teilzunehmen, weil ich in Stade war und dort in einer für die CDU wichtigen Angelegenheit tätig sein mußte. Ich war wirklich bestürzt, als ich von dem Ergebnis gehört habe. Der Einwand, daß Sie Herrn Stoltenberg und der Norden Herrn Schröder vorgeschlagen haben, den kann ich für Niedersachsen nicht gelten lassen. Niedersachsen ist von 600.000 CDU-Stimmen bei der letzten Bundestagswahl auf 1.918.000 Stimmen gewachsen. Niedersachsen hat 29 Mandate gebracht. Das sind über 10 %, und trotzdem hat Niedersachsen nicht ein einziges Mandat im erweiterten Präsidium. Das kann ich zu Hause wirklich nicht vertreten, meine Freunde!

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Lemke.

*Lemke:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch ich habe in den letzten Tagen unter unserer Entscheidung in der letzten Bundesvorstandssitzung zu leiden gehabt. Ich habe mir auch Gedanken gemacht, wie man das in Ordnung bringen kann. Über jeden Zweifel erhaben muß für uns sein, daß Berlin mit in das Präsidium hineinkommt; denn Berlin ist für uns eine Verpflichtung. Man kann sogar überlegen, ob das in die Satzung aufgenommen werden soll.

Wenn wir auf 14 gehen, können wir Herrn Amrehn, Herrn Schmücker und Herrn Stoltenberg dazunehmen. Ich sehe gar nicht ein, wo ein Unterschied liegen soll, ob wir nun elf oder 14 Mitglieder im Präsidium haben. Es hat keinen Zweck, an den bisher genannten elf irgendwie zu rütteln, das gibt nur neuen Hader. Da gebe ich Herrn Dufhues ohne weiteres recht, aber ich sehe keinen weltanschaulichen Unterschied, wenn wir von elf auf 14 erhöhen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Dann müssen wir aber gleichzeitig sagen, daß das Präsidium nach erfolgter Einladung, gleichgültig wie groß die Zahl der Erschienenen ist, beschlußfähig ist. (*Zustimmung.*) Wenn wir das sagen, kann man vielleicht der Sache nähertreten. Es war doch ein Hauptgesichtspunkt bei der ganzen Auseinanderset-

zung, daß wir fürchteten, daß bei einem zu großen Präsidium zu wenig Mitglieder zu den Sitzungen kämen. – Bitte sehr, Herr Schmitz!

*Schmitz:* Herr Bundesparteivorsitzender! Es wäre sicherlich ein großer Erfolg für den Bundesvorstand, wenn über die Kandidatur des Herrn Schmücker hier positiv entschieden werden könnte; denn todsicher kommt dieser Vorschlag nicht nur einmal, sondern mehrere Male in den Bundesparteiausschuß und auch später in den Bundespartei-tag. Ich meine, daß damit eine Diskussion entfesselt wird, die vielleicht die eine oder andere Position in dem ganzen Tableau gefährdet. Deshalb wäre es richtig und auch wichtig, wenn wir hier über die Kandidatur des Herrn Schmücker, der ja auch vorge-schlagen ist, uns positiv entscheiden könnten.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Klepsch.

*Klepsch:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß gegen die Absicht, das Präsidium zu erweitern, nachdrücklich Einspruch einlegen. Wir haben uns in der letzten Sitzung eingehend über die Frage der Anzahl der Mitglieder des Präsidiums unterhalten. Wir waren alle der Auffassung, daß es darauf ankommt, eine arbeitsfähige Spitze zu haben. Wir waren weiter der Auffassung, daß es nicht möglich ist, einen verkleinerten Vorstand zu bilden.

Da wir mit diesen elf, 13, 14 oder wieviel auch immer nicht alle die strukturellen und regionalen Wünsche berücksichtigen können, sollten wir bei der vorgeschlagenen Zahl bleiben. Wenn wir auf 14 oder auf 15 gehen, dann werden sofort wieder vier oder fünf neue Ansprüche angemeldet.

Es ist bestimmt nicht das Ei des Kolumbus, wenn man glaubt, man komme hier zu-recht, wenn man einfach die Zahl erhöht. Wenn das Platz greifen sollte, werden wir von Sitzung zu Sitzung mit einer höheren Ziffer rechnen müssen, und dazu werden zusätz-lich Vorschläge kommen.

Aus diesen Gründen bitte ich darum, an der von uns beschlossenen Zahl elf festzu-halten. Ich bin der Auffassung, daß wir das, was an personellen Wünschen hier besteht, im Rahmen dieser elf Personen ausgleichen sollten. Wir werden diese Frage nicht lö-sen, wenn wir die Zahl der Mitglieder erhöhen.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Grundmann.

*Grundmann:* Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis für das norddeutsche Anliegen, aber ich bin auch der Meinung, daß es kei-ne gute Sache ist, daß das Heil in einer Ausweitung des Präsidiums gesucht wird. Wir dürfen nicht vergessen, die Diskussion ist nicht um Personen gegangen, sondern um die Frage einer straffen Parteispitze. Wir wissen alle miteinander, daß das, was wir als Vor-schlag offeriert haben, schon eine Menge notwendiger Kompromisse beinhaltet.

Nun weiß ich auch gar nicht, ob wir jederzeit mit diesem Wahlvorschlag ein abge-rundetes und endgültiges Konzept dem Bundespartei-tag geben sollen, oder ob wir nicht in einem Wahlgang auch bei der Festlegung unseres Willens den Versuch machen soll-ten – wobei ich sicher bin, daß die Vernunft der Parteitagsdelegierten das Konzept ho-noriert, das wir miteinander machen –, eine in sich beschränkte Zahl der Präsidialmit-glieder vorzuschlagen.

Ich darf eine zweite Frage anschnitten, nämlich die Frage derjenigen, die nicht in das Parteipräsidium gehen und nicht dort eine Aufgabe übernehmen, die der Sache des Parteipräsidiums dient. Sie müssen auch einmal die Frage nach dem Parteivorstand stellen. Welche Funktionen soll der Bundesvorstand im Rahmen eines immer größer werdenden Präsidiums haben? Was soll die Etablierung der Landesvorsitzenden im Parteivorstand, wenn Sie dem Präsidium schon eine vorstandsähnliche Größe geben?

Das gilt unter Umständen auch schon bei den elf. Ich habe nichts dagegen, wenn wir das feststellen, aber ich meine, daß man in bestimmten Spitzenpositionen den Versuch machen sollte, nicht in eine Wahl hineinzugehen, daß man aber in anderen Positionen aus klugen Gründen eine solche Wahl zulassen sollte, weil nach meiner Meinung dies sowieso nicht zu verhindern ist.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Dichtel.

*Dichtel:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Vorschlag, der gemacht worden ist, ist zweifellos aus guten Gründen erfolgt; trotzdem möchte ich auch erhebliche Bedenken gegen eine Ausweitung anmelden. Im übrigen eine einzige Bemerkung! In dem Moment, wo wir das Präsidium erweitern, wird um die weiteren Plätze wiederum die gleiche Diskussion entstehen und gerungen werden.

Ich darf jetzt schon für Baden-Württemberg anmelden: Wir haben großes Gewicht darauf gelegt und wir hätten es sehr begrüßt, wenn Herr Ministerpräsident Kiesinger in diesem engeren Kreis gewesen wäre. Wir haben uns bis jetzt nicht besonders gemeldet, weil das Argument, das eben vorgetragen worden ist, nicht auch gegen Baden-Württemberg geltend gemacht werden sollte. Wenn Sie aber jetzt erweitern, dann würden wir darum bitten, daß Herr Ministerpräsident Kiesinger mit vorgeschlagen wird.

Im übrigen eine kritische Bemerkung! Damit möchte ich schließen. Wir sollten in diesem Kreise nicht so tun, als wenn wir das Wahlgremium wären.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Lemke.

*Lemke:* Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal wiederholen, ob es elf oder 14 sind, kann gar keinen Unterschied machen. Elf sind sehr viel, und 14 sind auch sehr viel. (*Zuruf:* 50 sind auch sehr viel!) Wir haben uns vor acht Tagen zusammengefunden im Bundesvorstand, und zwar sind wir dabei auf elf Namen gekommen. Aber das ist alles nur eine Empfehlung. Von diesen elf Namen möchte ich keinen einzigen preisgeben.

Nun kommt mein Vorschlag, die Herren Schmücker, Amrehn und Dr. Stoltenberg hinzuzunehmen. Das sind genau solche Persönlichkeiten, die Sie wählen können, wie die anderen. Wenn wir einen Vorschlag von 14 machen, dann kann der Bundesparteitag ja darüber entscheiden. Mit den 14 gehen Sie mit einem vollständigen Mosaik vor den Bundesparteitag, mit den elf aber nicht.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Seebohm.

*Seebohm:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich meine, der Vorschlag, den Sie eben gemacht haben, daß das Präsidium in jedem Falle, wenn es zusammentritt, abstimmungs- und beschlußfähig ist, gleichgültig ob alle Mitglieder vertreten sind, ist

der entsprechend gute Kompromiß zu der Frage einer notwendigen, zur Beruhigung weiter Kreise richtigen Ausweitung auf 14.

Wir haben uns darüber unterhalten. Ich bin auch für eine mögliche Beschränkung gewesen, ich möchte aber doch noch einmal das unterstreichen, was Herr Dr. Fricke gesagt hat. Wenn wir uns mit unseren drei Landesverbänden in Niedersachsen durchsetzen wollen auf die Dauer, dann können wir die Abwertung, die uns hier zuteil wird, nur sehr schwer hinnehmen. Ich habe versucht, diese Dinge zu regeln. Wir spüren aber immer mehr, daß die Leute sehr unruhig sind. Sie haben einmal gesagt, Herr Bundesvorsitzender, daß Niedersachsen Ihnen die meisten Sorgen macht. Nun haben wir uns bemüht, Ihnen zum Schluß keine Sorgen mehr zu machen und haben uns angestrengt. Nun sähen wir es auch gerne, wenn Herr Schmücker in das Präsidium käme.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Glup.

*Glup:* Herr Dufhues meinte, es kommt nicht auf die regionale Verteilung, sondern auf die Qualität der einzelnen Mitglieder an. Nun müssen nach meiner Meinung aber sämtliche Mitglieder entsprechend qualifiziert sein. In der Tat sieht die Sache so aus: Elf Persönlichkeiten sollen mit Sitz und Stimme dem Präsidium angehören; dazu kommen der 1. Vorsitzende und der Bundesschatzmeister. Das wären also 13. Dann würde das zugunsten von Nordrhein-Westfalen so aussehen, daß Nordrhein-Westfalen allein acht Mitglieder stellt, und die fünf anderen verteilen sich auf die übrige Bundesrepublik. Das aber kann kein optisches Bild sein für unsere Bundespartei. Sehen Sie das bitte ein. Wenn wir nach außen hin eine Parteispitze der Öffentlichkeit vorstellen wollen, dann verstehen Sie bitte, daß Norddeutschland nicht mit einem Manne vertreten sein kann. Herr Dr. Fricke hat bereits gesagt, daß das zu wenig ist.

Wir haben auch im nächsten Jahr Landtagswahlen. Da kann man es bei uns nicht verstehen, daß wir hier so wenig vertreten sind. Haben Sie also Verständnis dafür, daß wir in Anbetracht der Situation mit dem Kompromißvorschlag des Herrn Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer, beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl zu sein, nicht einverstanden sind.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Die Zeit eilt dahin. Wir müssen jetzt zur Entscheidung kommen. Wenn Sie meine wirklich sehr überlegte Meinung hören wollen, so halte ich auch dafür, daß der Norden mehr berücksichtigt werden muß, weil er eben in manchen Fragen anders denkt als der Süden oder der Westen. Ob die Frage bei der nächsten Wahl eine Rolle spielen wird, lasse ich dahingestellt, aber es ist immer gut, wenn auch andere Stimmen mit anderen Nuancen und anderer Färbung in einem solchen Gremium laut werden.

Nun habe ich eben den Vorschlag gemacht: Er soll beschlußfähig sein, gleichgültig wie viele anwesend sind. Lassen Sie mich das im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler umändern: Wenn die Hälfte anwesend ist, soll das Gremium beschlußfähig sein. (*Starke Unruhe.*) Es war doch in den vergangenen Jahren immer so, daß kein Mensch da war und daß man wie verrückt herumtelefonieren lassen mußte, bis man die Leute endlich zusammenbekam. (*Starke Unruhe. – Barzel:* Immer beschlußfähig!) Nein, Verzeihung Herr Barzel, Sie übersehen, daß eine ganze Menge nicht da sein

kann, und daß nicht eingeladen worden ist, weil diese Leute verhindert waren. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Mir geht es darum, ein beschlußfähiges starkes Organ zu schaffen. Ich schlage vor, darüber abzustimmen, nämlich mit welcher Anwesenheit das Gremium beschlußfähig sein soll.

*Dufhues:* Darf ich zunächst auf die Rechtslage aufmerksam machen. In der Satzung ist im § 33 vorgesehen, daß die Organe der Partei – dazu gehört auch das Präsidium – beschlußfähig sind, wenn sie mindestens eine Woche vorher mit Angabe der Tagesordnung einberufen worden sind und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, meine Damen und Herren – ich will nicht sagen, das werden die Ausnahmen sein, aber wir werden sehr häufig vor der Tatsache stehen –, daß die Zahl, die jetzt zur Diskussion steht, auch nicht zur Hälfte erreicht wird; alles andere ist eine blanke Illusion. Schon bei der Siebenerzusammensetzung war es schwierig, jeweils nur vier Mitglieder des Präsidiums zusammenzubekommen. Das bitte ich also zu berücksichtigen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wenn die Diskussion weitergehen soll, hat zunächst das Wort Herr Russe.

*Russe:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß wir bei der letzten Beratung zu dem Kompromiß der elf deshalb gekommen sind, weil angeblich die Zahl zwölf zu groß war. Herr Stoltenberg hat vorgeschlagen: zurück auf zehn. Dann war plötzlich eine Einigung da. Weil es dann aber nicht gelang, ging man wieder auf elf unter Berücksichtigung gewisser Vorstellungen – ich darf das einmal so formulieren – und aufgrund der Tatsache, daß Herr Dr. Krone von sich aus freiwillig verzichtete.

Zwölf mit Herrn Dr. Krone waren nicht haltbar, aber elf ohne Herrn Dr. Krone waren plötzlich haltbar. Mir ist das nicht einsichtig geworden, wieso man zu einem solchen Ergebnis kommen kann. Wenn Sie sagen, es wäre zu spät, dann müßten Sie sich den Vorwurf aber selbst einstecken. Dann hätten wir weiter diskutieren müssen, bis wir zu einer Einigung gekommen wären. Heute kommt man zu dem Ergebnis und sagt: Elf ist unmöglich, wir müssen wieder vergrößern. Wir gehen auf 14 oder 15. Herr Ministerpräsident Lemke! Sie nennen jetzt Namen, die vorher gar nicht zur Diskussion gestanden haben. (*Lebhafte Unruhe.*) Verzeihen Sie, Herr Minister Seebohm, ich bin noch nicht fertig. Ich möchte aus der Tatsache, daß Herr Minister Schmücker nicht berücksichtigt worden ist, nicht einen „Fall Schmücker“ konstruiert wissen, daß wir deshalb auf 14 gehen. Es spricht unsagbar vieles dafür, daß Herr Minister Schmücker in das Präsidium hinein soll.

Ich bin der Überzeugung, das wird auch einfach zu meistern sein, aber jetzt einfach eine Erweiterung vorzunehmen auf 14, das scheint mir – verzeihen Sie – ein bißchen primitiv zu sein.

Ich kann nicht, Herr Minister, von vornherein damit einverstanden sein, wenn Sie sagen, außerdem soll auch der und jener hinein. Darüber muß hier doch zuerst diskutiert werden. Ich habe von Anfang an als Mitglied dieser Kommission wie auch in der Bera-

tung des Parteivorstands im Februar erklärt: Wenn wir eine Erweiterung des Präsidiums in einer bestimmten Größenordnung vorsehen, dann kommen Sie nicht daran vorbei, auch die Arbeitnehmerschaft entsprechend zu berücksichtigen. (*Etzel: Und die Wirtschaft!*) Von mir aus auch das, Herr Etzel, einverstanden! (*Sehr starke Unruhe.*) Wenn wir bei elf waren und jetzt auf 14 erweitern wollen, kommt mit Sicherheit der berechnete Einwand und Anspruch, einen aus der Arbeitnehmerschaft hinzuzunehmen. Deshalb bin ich verpflichtet, im Namen der Arbeitnehmerschaft als dritten Kandidaten Herrn Minister Katzer vorzuschlagen. (*Widerspruch und Unruhe.*) Man kann nicht einfach sagen, wenn wir erweitern, dann kommt Herr Stoltenberg hinein. Das geht nicht gegen Sie persönlich, Herr Dr. Stoltenberg. Dann muß die Diskussion erneuert werden, um zu sehen, wie man es erreicht, daß die Gesamtverteilung im Präsidium sinnvoll ist.

Hier bin ich der Meinung, es gehört auch Herr Dr. Krone wieder in die Diskussion hinein, der freiwillig verzichtet hat. (*Sehr starke Unruhe. – Adenauer: Können wir abstimmen?*) Wenn Sie bei elf bleiben, können wir über Herrn Schmücker konkret diskutieren, aber wenn Sie erweitern wollen, dann müssen Sie es sich gefallen lassen, Herr Vorsitzender, daß zu dieser Erweiterung eine neue Diskussion entsteht.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Gradl.

*Gradl:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Meinung unterstützen, daß wir die Zahl der Mitglieder nicht erhöhen sollten. Wenn wir aber erhöhen, dann kommt eine ganze Reihe von neuen Vorschlägen, von denen jeder begründet ist.

Nun haben wir uns bisher völlig zurückgehalten. (*Lemmer: Das kann man wohl sagen!*) Es war immer gute Sitte in dieser Partei, den gesamtdeutschen Charakter auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß einer aus der mitteldeutschen CDU dabei war. Das war früher Jakob Kaiser, nachher war es Heinrich Krone, der jetzt verzichtet hat. Ich hoffe, daß das nicht für alle Zeiten gilt, wenn sich herausstellen sollte, daß die Mitgliederzahl stark vergrößert wird.

Aber diese Andeutung mag Ihnen genügen, um zu sehen, wohin Sie kommen, wenn Sie meinen, das Problem dadurch lösen zu können, daß Sie die Zahl der Mitglieder erhöhen.

Lassen Sie mich noch ein offenes Wort sagen. Hier wird immer von Persönlichkeiten gesprochen. Ich bestreite niemandem, der sich um die Mitgliedschaft im Präsidium bewirbt, daß er eine Persönlichkeit ist. (*Adenauer: Das will ich auch sehr hoffen! – Starke und große Heiterkeit.*) Ich nehme aber an, daß diejenigen, die sich nicht bewerben, auch noch Persönlichkeiten sind. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Worum es geht, ist doch, eine ganz straffe Führung zu bekommen. Das ist keine Prestigefrage, weder für einen einzelnen noch für eine Gruppe noch für einen Landesverband. Wir haben die einzige Aufgabe zu sehen, daß wir Männer in die Führung bekommen, von denen wir wissen, daß sie etwas zu sagen haben und daß sie auch einigermaßen regelmäßig zur Verfügung stehen. Unter dem Gesichtspunkt haben wir die elf genannt. Wenn weitere Vorschläge kommen, dann muß der Parteitag entscheiden, aber ich warne Sie davor, über die Zahl elf hinauszugehen.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Gurk.

*Gurk:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sollten uns nicht davor fürchten, über die Frage im Parteitag zu diskutieren und Ergänzungsvorschläge entgegenzunehmen. Wir sollten also bei dem, was vorgeschlagen ist, bleiben. Es steht dann den Delegierten des Parteitags frei, neue Anträge zu stellen und darüber zu diskutieren.

Wir sollten uns aber auch vornehmen, die Entscheidungen der Delegierten, wie sie auch ausfallen, nicht zu dramatisieren. Was hier vor sich geht, das haben wir doch auch in den Landesverbänden. Wir wissen doch, daß bei Wahlen immer eine Auseinandersetzung kommt. Dann wird entschieden, und dann muß man sich halt beugen. Ich erwarte doch von den Herren Geschäftsführenden Präsidialmitgliedern und dem Herrn Bundesgeschäftsführer, daß sie alle Landesverbände zur Mitarbeit heranziehen.

Lassen wir es also so, wie es ist. Erwarten wir Vorschläge, und diskutieren wir sachlich darüber. Dann nehmen wir die Entscheidungen, die dann fallen, demokratisch hin. (*Unruhe.*)

*Adenauer:* Jetzt wollen wir aber Schluß machen. Es war ein gutes Wort: demokratisch alles hinnehmen. – (*Heiterkeit.*) Wir müssen zunächst darüber abstimmen, ob es dabei bleibt und das übrige dem Plenum überlassen werden soll. Dann wird sich alles Weitere finden. Darf ich also diejenigen bitten, die dafür sind, daß es so bleibt, eine Hand zu erheben. – Das scheint mir die große Mehrheit zu sein. Wir müssen aber den Zusatz machen, daß Änderungsvorschläge im Plenum gemacht werden können.

Dann darf ich zu meiner Person ein Wort sagen, meine Herren. Man will mir die Ehre antun, mich zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Aber ohne Stimme, meine Herren, tue ich das nicht; denn sonst wüßte ich meine Zeit besser anzuwenden. (*Lemmer:* Vollkommen richtig!) Was ist richtig, daß ich sie besser anwende? (*Große Heiterkeit.* – *Lemmer:* Beides ist richtig!) Darüber müssen Sie sich klar sein: entweder oder!

Meine Freunde! Ich darf noch bekanntgeben, wer sich entschuldigt hat. Herr Fay ist krank. Herr Gerstenmaier ist in der Genesung.

*Dufhues:* Dürfen wir zunächst die übrigen statutarischen Punkte der Tagesordnung erledigen. Wir haben uns nach guter alter Art auch hier zu verständigen über die Zusammensetzung des Parteitagspräsidiums. Wir schlagen Ihnen vor, zum Präsidenten des Parteitags unseren Parteifreund Meyers, den Ministerpräsidenten des Landes, in dem demnächst eine wichtige Wahl stattfindet, zu wählen. Wir haben das mit Herrn Grundmann, dem Landesvorsitzenden von Rheinland, besprochen. Es ist üblich, daß jeweils der Landesvorsitzende des Verbands das Präsidium übernimmt, in dem der Parteitag stattfindet. Aber aus den genannten Gründen haben wir Herrn Meyers gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen.

Als weitere Mitglieder werden vorgeschlagen: Herr Adorno, Frau Brauksiepe, Frau Fera<sup>1</sup>, Herr Dr. Fricke, Herr Grundmann, Herr Katzer, Herr Dr. Klepsch, Herr Gerd

---

<sup>1</sup> Charlotte Fera (1905–1998), Hausfrau; 1957–1993 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1966–1969 evangelische Vorsitzende der Frauenvereinigung, 1967–1973 Präsidentin der Europäischen Frauen-Union.



Lemmer, Herr Niermann<sup>2</sup>. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das Wort hat Herr Kraske.

*Kraske*: Frau Brauksiepe hat gebeten, an ihrer Stelle Frau Dr. Pieser<sup>3</sup> aus Berlin in das Präsidium zu wählen.

*Dufhues*: Sind Sie damit einverstanden, daß Frau Pieser dem Präsidium des Parteitags beitrifft? – Ich sehe keinen Widerspruch. (*Etzel*: Warum nicht beide?) Es passiert damit nichts. (*Adenauer*: Es sieht besser aus!) Also, Frau Pieser kommt hinzu. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir haben weiter zu wählen die Mandatsprüfungskommission. Es werden vorgeschlagen: Vorsitzender Dr. Even<sup>4</sup>. Mitglieder: Hauser<sup>5</sup>, Benda<sup>6</sup>, André<sup>7</sup>, Dreyer<sup>8</sup>, Müllenbach<sup>9</sup>. Damit sind Sie einverstanden. Dann ist so beschlossen.

In der letzten Sitzung haben wir uns bereits darüber unterhalten, ob dieser Parteitag eine Entschließung verabschieden soll. Es sind gewisse Bedenken dagegen geltend gemacht worden, zumal eine sehr fundierte und konkrete Fragen der Politik behandelnde Entschließung tunlichst in Arbeitskreisen vorher beraten werden sollte. Aber Arbeitskreise finden auf diesem Parteitag nicht statt, so daß die Voraussetzungen für eine intensive Beratung einer solcher Entschließung nicht gegeben sind.

Ich meine, daß es trotzdem gut wäre, wenn der Parteitag in einer auch formell gefaßten Entschließung am Schluß des Parteitags das Wirken des Bundesparteivorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Adenauer würdigt und gleichzeitig einige Gedanken für die weitere Zukunft entwickelt.

---

2 Gustav Niermann (1919–1989), Landwirt; 1965–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952–1958 Mitglied des Kreistags des Kreises Lübbecke, 1954–1958 Landrat, 1958–1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen, 1965–1971 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen.

3 Liselotte Pieser (1917–1998), Diplom-Volkswirtin; 1946–1949 Mitglied des Kreistags Pirna (CDU), 1951 Flucht nach West-Berlin, 1955 Mitarbeiterin im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1968–1980 MdB, Mitglied des Landesvorstands der CDU Berlin.

4 Dr. Bert Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU Rheinland und Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland, 1955–1960 stv. Bundesvorsitzender und 1961–1963 Bundesvorsitzender der JU, 1957–1969 MdB, 1969–1990 Präsident des Bundesverwaltungsamts und 1985–1990 Präsident des Bundesausgleichsamts. Vgl. LEXIKON S. 237.

5 Hugo Hauser (1911–1980), Richter; 1960–1976 MdB (CDU).

6 Ernst Benda (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1955–1957 MdA Berlin (CDU), 1957–1971 MdB, 1968/69 Bundesminister des Innern, 1971–1984 Präsident des BVerfG, 1984–1996 o. Professor für Öffentliches Recht und Staatsrecht Universität Freiburg. Vgl. LEXIKON S. 191 f.

7 In der Vorlage: Andrae. – Helmut André (geb. 1915), Verwaltungsbeamter; 1956–1972 Landesgeschäftsführer der CDU Saar.

8 Franz Dreyer (geb. 1923), Mechaniker; Mitgründer und 1952–1957 Vorsitzender der JU Neustadt/Stadt, 1958 Bezirksgeschäftsführer der CDU Pfalz, 1958–1970 Kreisgeschäftsführer der CDU Pirmasens-Stadt.

9 Peter Müllenbach (1919–1995), 1951–1966 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation, 1966–1984 Unionbetriebsgesellschaft.

Herr Dr. Kraske ist durch Herrn Dr. Adenauer gebeten worden, den Entwurf einer solchen Entschließung vorzulegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ihm Ihre Aufmerksamkeit widmeten.

*Adenauer:* Keine Wortmeldungen! Dann darf ich Ihre Zustimmung feststellen. (*Röder:* Wozu?)

*Dufhues:* Ich glaube, daß der Bundesvorstand ein Recht darauf hat, zu erfahren, was in einer solchen Entschließung stehen soll. (*Unruhe.*) Dann sollte er das Plenum oder mich beauftragen, etwaige Korrekturen oder Änderungen vorzunehmen. Sie brauchen erst am Schluß des Parteitags vorliegen.

*Klepsch:* Ich möchte eine redaktionelle Änderung vorschlagen. Der erste Satz des vorliegenden Entschließungsentwurfs lautet: „Die Christlich-Demokratische Union nimmt Abschied von ihrem Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer.“ Das ist doch so, als wenn wir jetzt zu einer Beerdigung schreiten. Das geht doch nicht, zumal wir ihn als Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit wählen wollen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich schlage vor, das Wort „Abschied“ zu streichen und entsprechend redaktionell zu ändern im Sinne der Empfehlung, die Herrn Dufhues gegeben wird. (*Gradl:* Wir sollten den ersten Satz weglassen.)

*Kraske:* Ich darf, bevor wir uns über redaktionelle Änderungen verständigen, vorschlagen, sich darüber zu verständigen, ob wir überhaupt diese Entschließung verabschieden sollen. Mit der Vorbereitung dieser Entschließung ist jemand beauftragt worden, der beim letzten Mal dafür plädiert hat, gar keine Entschließung zu machen. Deshalb bitte ich zunächst, unter diesem Gesichtspunkt den Text einmal zu lesen.

*Dufhues:* Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, mich zu beauftragen, auch in Abstimmung mit Herrn Dr. Adenauer, Herrn Professor Erhard und den übrigen Herren des Präsidiums, die Entschließung zu beraten und sie dann am Schluß dem Parteitag vorzulegen. Es wäre wohl schwierig, jetzt hier in eine Einzelberatung einzutreten.

*Röder:* Ich würde vorschlagen, am Anfang zu sagen: Die Christlich-Demokratische Union dankt ihrem Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, der sechzehn Jahre lang die Union zum Wohle des ganzen deutschen Volkes geführt hat.

*Dufhues:* Damit bin ich völlig einverstanden. Wir dürfen nun diesen Punkt verlassen und kommen zu der Frage des Ehrenvorsitzes, den wir Herrn Dr. Adenauer antragen wollen und den anzunehmen er sich bereit erklärt hat. Um zunächst auf die Frage von Herrn Dr. Adenauer einzugehen: Nur Juristen können an der Frage Anstoß nehmen, ob Herr Dr. Adenauer in dem Gremium der CDU Stimmrecht hat. Ich halte es, da wir ein politisches Gremium sind, angesichts der Bedeutung und der Persönlichkeit des Staatsmannes Adenauer für selbstverständlich, daß er in allen Gremien dieser Partei Sitz und Stimme hat.

Ich bitte denjenigen, der dagegen Bedenken hat, sich zum Wort zu melden. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß wir einstimmig dieser Meinung sind. (*Lebhafter Beifall.*) Ich halte es für richtig, daß wir den heutigen Tag des Bundesparteitags zum „Tag Dr. Adenauers“ gestalten. Er wird heute seine Rede halten. Ich schlage vor, daß im Anschluß daran mein Stellvertreter, Herr von Hassel, etwa zehn Minuten lang spricht und

daß ich im Anschluß daran Herrn Dr. Adenauer den Ehrenvorsitz der Partei mit einigen Worten antrage.

Ich hoffe, daß der Parteitag in einer großen Akklamation diesem Vorschlag zustimmen wird. Sind Sie damit einverstanden, daß wir es so gestalten? (*Zustimmung.*) Ich danke Ihnen.

Dann ein Weiteres! Es sind Diskussionen vorgesehen, u. a. nach den Vorträgen des Herrn Bundeskanzlers Erhard und des Herrn Dr. Barzel. Wir haben keine Arbeitskreise. Da wäre ich bereit, die Gliederung und Systematik der Diskussion auch zeitlich vorzubereiten und zu gestalten. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir am Dienstag nachmittag die Probleme der Innenpolitik im weitesten Sinne des Wortes einschließlich der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik usw. beraten, während die Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik am Mittwoch vormittag diskutiert werden.

Wären Sie mit diesem Versuch einer Gliederung der Beratungen und Besprechungen des Parteitags einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich höre keinen Widerspruch; dann darf ich das Präsidium des Parteitags bitten, bei der Leitung der Diskussion tunlichst so zu verfahren.

Das sind die Punkte, die wir hier noch zu besprechen hatten. Alles Weitere wird sich weitgehend in der Sitzung des Parteiausschusses wiederholen. Herr Kraske hat noch eine Bemerkung zu machen.

*Kraske:* Ich darf noch eine Bitte zur Diskussion äußern. Es würde die Vorbereitung zur Diskussion sicher erleichtern, wenn diejenigen Vorstandsmitglieder, die in der Diskussion sprechen wollen, sei es nach dem Referat von Herrn Dufhues, sei es nach den beiden Referaten von Bundeskanzler Professor Erhard und Dr. Barzel, ihre Wortmeldungen möglichst früh beim Präsidium deponierten, damit man einen gewissen Überblick bekommt und danach die ganze Diskussion gliedern kann. Ich könnte mir vorstellen, daß insbesondere die Kabinettsmitglieder schon jetzt ungefähr wissen, ob sie in der Diskussion sprechen werden, und daß dann möglichst früh beim Präsidenten des Parteitags, Herrn Dr. Meyers, oder bei meinen Mitarbeitern oder mir deponiert wird, wer reden möchte.

*Dufhues:* Ich würde vorschlagen, daß Wortmeldungen, wenn es möglich ist, mit einer kurzen Skizzierung des Themas versehen werden, die dann bei Herrn Müllerbach abgegeben werden; während der Beratungen bekommen sie die Ordner im Saal.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Sie scheinen damit einverstanden zu sein. Dann darf ich noch eine vertrauliche Sache in diesem Kreis zur Sprache bringen. Heute morgen erscheint in der „Kölner und Bonner Rundschau“ ein Interview, das Bundeskanzler Erhard gestern mit einem Redakteur der Rundschau gehabt hat. Die Redaktion oder der Redakteur setzt über das Interview einen verhängnisvollen Satz. Ich darf Ihnen diesen Satz vorlesen: „Bundeskanzler Ludwig Erhard hat sich mit einem öffentlichen Appell an die Regierung Frankreichs gewandt, das große Werk der Aussöhnung zwi-

schen dem deutschen und dem französischen Volk nicht durch die sachlichen Gegensätze über die NATO in Frage zu stellen.“<sup>10</sup>

Meine Damen und Herren! Ich habe das Interview flüchtig durchgesehen, aber dieser Satz ist nirgendwo in dem Interview enthalten. Ich finde diesen Satz geradezu verheerend. Der kann ausgelegt werden – er wird auch so ausgelegt –, daß die Wahl gestellt ist zwischen der Aussöhnung von Deutschland und Frankreich und der NATO. Das würde ich für sehr bedauerlich halten. Ich glaube, daß wir damit die NATO-Krise<sup>11</sup> in einer Weise verschärfen, die keiner von uns will. Nun hat man keinen Redakteur in der Hand, einem Interview einen Vorspruch zu setzen, wie er es für richtig hält. Ich finde das aber geradezu himmelschreiend, daß ein Blatt wie die „Kölnische Rundschau“ ihrem Redakteur etwas Derartiges gestattet.

Nun wird zweifellos diese NATO-Krise zur Sprache kommen. Ich werde in meiner Rede, die ich nicht als Vermächtnis, sondern als Schlußrede bezeichnen möchte – vielleicht finden Sie einen besseren Ausdruck, meine Damen und Herren –, auch die NATO-Krise berühren. Ich habe diese Schlußrede zu Papier gebracht, damit ich keinen falschen Zungenschlag begehe. Ich habe über die NATO-Krise folgendes gesagt: Die NATO-Krise sollte nicht durch das Wechseln von Noten gelöst werden, sondern durch eine Aussprache unter den Beteiligten. Sie wissen, daß ich in Paris war.<sup>12</sup> Ich habe mit General de Gaulle eine Aussprache darüber und über andere Pläne von ihm – die ich Ihnen gleich auch sagen werde – gehabt.

Aber ich bitte sie, bringen Sie das nicht in die Presse; denn Sie schädigen sonst meinen Einfluß, den ich in Paris bei de Gaulle noch habe. Er hat mir wörtlich gesagt: „Sie brauchen keine Sorge zu haben über die NATO-Angelegenheit. Sobald wir einmal ins Gespräch kommen, werden Sie sehen, daß sich die Sache sehr schnell klären und lösen wird.“

Das war der Satz, den er mir gesagt hat und den ich Ihnen wörtlich wiedergegeben habe.

Dann hat er – nach meiner Meinung hängt das alles zusammen – eine zwölfwägige Reise nach Rußland vor; zwölf volle Tage.<sup>13</sup> Er hat mir die einzelnen Orte genannt, und zwar schon in russischer Aussprache. Er hat offenbar schon russischen Sprachunterricht genommen; denn er bereitet so etwas immer gut vor. Diese Reise geht bis nach Sibirien. Sibirien ist deswegen interessant u. a., weil dort die Atomwerke der Russen liegen. Wir haben also über seine Reise gesprochen, und er hat mir erklärt, daß er bei den

10 Vgl. das Exklusiv-Interview mit Erhard in der „Bonner Rundschau“ vom 21. März 1966 „Die Aussöhnung mit Paris darf nicht an der NATO-Krise scheitern“.

11 Zur Ankündigung des Austritts Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO und zu de Gaulles Pressekonferenz vom 21. Februar 1966 vgl. VAÏSSE S. 381–395; AAPD 1966 Nr. 60, 61.

12 Vgl. Nr. 4 Anm. 31.

13 De Gaulle reiste vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in die Sowjetunion und besuchte Moskau, Leningrad, Kiew, Wolgograd, Nowosibirsk, Akademgorod und Baikonour. Am 30. Juni unterzeichneten er und der sowjetische Staatspräsident Nikolai Podgornij die sogenannte „Deklaration von Moskau“. Vgl. AdG S. 12575–12578; VAÏSSE S. 425–431.

Russen verlangen würde die Wiedervereinigung Deutschlands. Ob er damit durchkommt, weiß ich nicht. Ich weiß nur das eine – das fühlt man aus dem Ganzen heraus –, daß politische Vorgänge im Gange sind, die sich noch nicht überschauen lassen. In einer solchen Situation ist natürlich möglichst Zurückhaltung das einzig richtige, bis man sieht, wohin der Weg führt.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich mit der Ansicht Herrn de Gaulles, daß im Osten eine Beruhigung eingetreten sei, nicht übereinstimme. Daran möchte ich gar keinen Zweifel lassen. Es fehlt der geringste Beweis dafür, aber, meine Damen und Herren, ich habe ja nicht nur mit de Gaulle gesprochen, sondern auch mit mehreren französischen Ministern und auch mit dem Premierminister Pompidou<sup>14</sup>.

Ich war im Grunde dort auf Einladung des Verlages Hachette, dem größten Verlag Europas. Einladungen von diesem Verlag werden von Journalisten und Chefredakteuren immer angenommen. Ich habe aus all den Gesprächen, auch mit den Chefredakteuren, den Eindruck gehabt – mehr kann ich nicht sagen –, daß man in Frankreich befürchtet, es würden zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, bei denen zweifellos schon eine Verständigung besteht, weitere Verständigungen kommen, und zwar zum Nachteil Europas. Das, glaube ich, ist der Hintergrund. Ich kann es nicht beweisen, (*Sehr starke Unruhe.*) aber ich glaube das. In der Politik ist es ja immer so, daß man aus verschiedenen Gesprächen einen gewissen Eindruck der Atmosphäre, die herrscht, mit nach Hause nimmt. Das ist der Eindruck der Atmosphäre, den ich habe.

Ich werde mich also darauf beschränken zu sagen, daß man einmal ins Gespräch kommen soll und nicht lediglich Notenwechsel vornehmen sollte, sondern Notenwechsel erst dann, wenn man gesprochen hat, aber nicht vorher, sonst gibt es nur Verwirrung.

Zweitens werde ich sagen, daß sich die NATO-Frage nach der Erklärung des Herrn de Gaulle mir gegenüber durchaus lösen läßt. Er hat dabei nicht im Auge gehabt: Nur dann, wenn die anderen restlos nachgeben. – Das wäre ja dummes Zeug, überhaupt so etwas zu denken. Ich werde sagen, daß wir die Situation in ihrer weiteren Entwicklung aufmerksam beobachten müssen. Mehr werde ich nicht sagen.

Nun hat der Herr Reissenberger<sup>15</sup>, oder wie er heißt, gesagt, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Rede über die NATO-Krise sprechen würde. Ich wäre dem Herrn Bundeskanzler aus meiner Kenntnis der Situation sehr dankbar, wenn er sehr zurückhaltend spräche, damit nicht eine Diskussion auf dem Parteitag entsteht, die kein Mensch in der Hand hat. Meine Kenntnisse über die NATO-Frage habe ich in der Hauptsache aus ei-

---

14 Georges Pompidou (1911–1974), französischer Politiker; ab 1944 Mitglied im Beraterstab von General de Gaulle, 1962–1968 Ministerpräsident, 1969–1974 Staatspräsident. – Zu den Gesprächspartnern Adenauers vgl. AAPD 1969 Nr. 67.

15 In der Vorlage Reissenberg. – Dankwart Reissenberger (1921–2004), Leiter der Parlamentsredaktion der „Bonner Rundschau“. Vgl. Anm. 10.

nem Buch des Ihnen allen bekannten Professor Kissinger<sup>16</sup>. Er hat ein Buch geschrieben, das in deutscher Sprache erschienen ist „Die NATO-Krise und ihre Lösung?“ Es ist ein Buch, das ich nur jedem zur Lektüre empfehlen kann, der sich über die ganze Situation genauer unterrichten will.

Also, mein dringendster Wunsch ist es, daß wir nicht auf dem Parteitag eine Diskussion über die NATO-Krise bekommen; denn das geht über die Fassungskraft eines Parteitags hinaus, zumal die deutsche Presse – jetzt riskiere ich ein sehr scharfes Wort – unsere Bevölkerung ungewöhnlich schlecht über alles unterrichtet mit dem, was sie schreibt, (*Beifall.*) nicht nur über die NATO-Frage, sondern überhaupt. Es ist geradezu erschreckend, wenn man das Niveau der deutschen Presse einmal kritisch verfolgt. (*Beifall.*) Es lag mir am Herzen, Ihnen das noch zu sagen. Ich möchte noch bitten – reden Sie bitte nicht darüber –, daß wir vermeiden sollten, in eine Diskussion über diese sehr kritische Frage auf dem Parteitag einzutreten, wo ein paar hundert Leute sind, und zwar alles Persönlichkeiten, meine Damen und Herren! (*Bewegung und Unruhe sowie Heiterkeit.*) Mir graut davor. Ich habe nicht gern mit unendlich viel Persönlichkeiten zu tun. (*Heiterkeit.*)

#### VORBEREITUNG DER BUNDESAUSSCHUSSSITZUNG. VORLAGEN DES SOZIALPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

*Dufhues:* Zur Vorbereitung der Bundesausschußsitzung schlage ich Ihnen vor, daß ich dem Ausschuß einen Bericht gebe über die Beratungen des Bundesvorstands. Der Bundesausschuß wird sich dann mit den Fragen befassen, die hier anstanden.

Ihnen liegt vor eine Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses der CDU.<sup>17</sup> Dieser Beschluß befaßt sich einmal mit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und zweitens mit der Alterssicherung der Selbständigen und schlägt folgende Empfehlung vor:

„Der Bundesvorstand der CDU bittet die Bundesregierung, so bald wie möglich eine 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz vorzulegen. Dabei ist das Ergebnis der Überprüfung der Lastenausgleichsfondsreserven sowie die Entlastung der öffentlichen Haushalte entsprechend zu beachten.

Der Bundesvorstand spricht sich für den Erlaß von dem Lastenausgleichsgesetz nachgebildeten Leistungsgesetzen für Flüchtlinge aus. Vordringlich erscheint dabei ein Gesetz für den Währungsausgleich der SBZ-Flüchtlinge.“

---

16 Prof. Dr. Henry Alfred Kissinger (geb. 1923), amerikanischer Politiker; 1938 Emigration aus Deutschland in die USA, 1954–1971 Professor in Harvard, 1965–1968 Berater des Außenministeriums, 1973 Friedensnobelpreis, 1973–1977 Außenminister. Memoiren: White House Years. Boston 1979; Walter ISAACSON: Kissinger. Eine Biographie. Berlin 1993. – Bei dem Buch handelt es sich um „The troubled partnership: a re-appraisal of the Atlantic Alliance“. New York 1965 (deutscher Titel: „Was wird aus der westlichen Allianz?“ Düsseldorf 1965).

17 Vgl. Nr.4 Anm. 26.

Ich habe mit Herrn Dr. Barzel darüber gesprochen. Ich neige mit ihm zu der Auffassung, daß es gut wäre, wenn diese Beschlüsse und Empfehlungen im neuen Präsidium beraten würden. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das sehr dankbar begrüßen. (*Beifall.*) Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes“. – Das Wort hat Herr Kraske.

#### VERSCHIEDENES

*Kraske:* Es liegen inzwischen zwei Entschließungsanträge vor. Das ist ein formloser Brief eines Hamburger Delegierten an den Herrn Bundesparteivorsitzenden, der Ihnen in Abschrift vorgelegt worden ist.<sup>18</sup> Dieser Brief entspricht weder in seiner Form noch in seinem Datum den Vorschriften für einen Antrag. Ich schlage deshalb vor, diesen Brief dem Bundesvorstand zu überweisen, um bei nächster Gelegenheit über die Fragen, die darin angeschnitten werden, zu diskutieren.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Haben Sie den Brief gelesen? (*Zurufe:* Ja! – *Weitere Zurufe:* Nein!) Der will den Herrn Stingl enthaupten. (*Meyers:* Der Mann heißt doch Echternach<sup>19</sup>! – *Heiterkeit und Unruhe.*)

*Kraske:* Es ist heute morgen ein weiterer Entschließungsantrag eingegangen von Dr. Storm<sup>20</sup> einmal zur Frage des Steinkohlenbergbaus und zweitens zur Frage des Wohnungsbaus. Beides sind wichtige Themen, aber ich glaube, wenn wir beginnen, Einzelentschlösungen zu verabschieden, kommen wir nicht zum Ende. Ich würde also glauben, daß diese beiden Themen in der Diskussion mitberücksichtigt werden sollten, ohne daß formell über diesen Antrag abgestimmt wird.

Die Bundesgeschäftsstelle hat wie vor vier Jahren eine Wahlanalyse ausgearbeitet, die leider nicht bis heute morgen fertig geworden ist, die aber im Laufe des Parteitags Ihnen zugestellt wird.<sup>21</sup> Diese Wahlanalyse ist zunächst nur für die Mitglieder des Bundesvorstands bestimmt, weil es nur eine begrenzte Zahl von Exemplaren gibt. Ich wäre dankbar, wenn auf einer späteren Sitzung des Bundesvorstands darüber diskutiert werden könnte.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich stelle Ihre Zustimmung fest. Da das Wort nicht weiter gewünscht wird, darf ich die Sitzung schließen und sagen: Auf in den Kampf zum Bundesparteiausschuß!

18 In seinem Schreiben an Adenauer vom 18. März 1966 forderte der Vorsitzende der JU Hamburg, Jürgen Echternach, die Überprüfung der Stimmberechtigung des Landesverbands Oder/Neiße auf Parteitag, da er dessen Stellung im Parteistatut für rechtswidrig hielt. Vgl. ACDP Dokumentation 2/201 Oder/Neiße.

19 Jürgen Echternach (geb. 1937), Jurist; 1964–1970 Landesvorsitzender der JU, 1974–1992 Vorsitzender des LV Hamburg, 1966–1981 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1980–1994 MdB.

20 Dr. Leo Storm (1908–1981), Diplom-Volkswirt; 1947/48 Oberbürgermeister, 1948–1952 und 1956–1961 Bürgermeister von Duisburg (CDU); 1949–1969 Vorsitzender des KV Duisburg; 1953–1961 MdB. – Anträge in ACDP 07–004–348/3.

21 Vgl. Nr. 1 Anm. 20.